

Pensionsreformen schützen vor Pensionslücke nicht - im Gegenteil

Die „Gefahr der neuen Armut“ sollte man nicht unterschätzen

Der Verein der Pensionsbeitragszahler Österreichs hat den aufrüttelnden „Pensionsreport 2012“ verfasst. Darin wird nicht nur die „Ohnmacht der Politik“ kritisch betrachtet, sondern auch der Generationenkonflikt und der Geschlechterkonflikt im jetzigen staatlichen Pensionssystem beleuchtet.

Anhand der realistisch zu erwartenden Pensionsleistungen „des Staates“ warnt der Report vor der „Gefahr der neuen Armut“ (im Alter) und räumt mit Denkfehlern und Illusionen auf.

Verhängnisvolle Fehler

Ein häufiger Denkfehler in unserer eigenen „Pensionsberechnung“ ist: Wir alle dürfen nicht nur berechnen, *wann* wir in Pension gehen werden bzw. wollen, sondern auch, *wie lange* wir dann noch leben werden, sprich Pension beziehen wollen. Wer heute 40 ist, hat eine Lebenserwartung von mindestens 90 Jahren, geht ungefähr 2037 in Pension und hat dann noch eine Pensionszeit von gut 25 Jahren vor sich. Bleibt nur zu hoffen, dass „der Staat“, das öffentliche Umlagesystem, bis ins Jahr 2062 eine „wohlverdiente“ Pension problemlos zahlen kann. Von der jetzt ausgerechneten bzw. von den heutigen Sozialversicherungsgesetzen „versprochenen“ Höhe ganz zu schweigen. Dazu kommt, dass sich die demographische Entwicklung nicht umkehren lässt. Da das Verhältnis von Beitragszahlern zu Pensionisten absehbar auf 1:1 steigt, wird im Umlagesystem in spätestens 25 Jahren ein Pensionsempfänger von einem Aktiven finanziert werden müssen. Wenn man als Ruheständler dann gerne wenigstens 70 % seines Letzteinkommens als Pension hätte, wären das bei einem Letztbezug von z. B. 3.000 € insgesamt 2.100 € Pension pro Monat. „Viel Glück dabei, jenen Beitragszahler zu finden, der bereit sein wird bzw. es sich leisten kann, Ihnen dann Ihre gewünschten 2.100 € Pension monatlich zu finanzieren“,



Foto: Fotolia.com/Marina Pavlova

meint der Pensionsreport dazu sarkastisch.

Eigenvorsorge ja, aber ...

Eigenvorsorge ist also ein dringendes Thema. Jedes Monat z. B. 70 € für die (Zusatz-) Pension zur Seite zu legen, ist sicher wichtig und notwendig. Um später eine vernünftige laufende Zusatzpension zu haben, müsse man bei einem realistischen Nettozinssatz mit einem Kapitalbedarf zu Pensionsantritt von um die 300.000 € rechnen, so der Pensionsreport. Mit 70 € pro Monat braucht man dazu (zu) lange. Der Faktor Zeit ist also ein unterschätzter Faktor, jeder verlorene Monat kostet „am Ende“ einige Tausend Euro.

Dass viele Menschen das Pensionsfinanzierungsthema gerne verschieben oder verdrängen, hängt auch mit mehreren „Unterschätzungen“ zusammen. Der Pensionsreport

rechnet vor: Um später eine lebenslange Zusatzpension von 1.000 € pro Monat zu erzielen, braucht es bei einer Nettorendite von 3 % ein Kapital von gut 220.000 €. 3 % klingt nicht viel? Ja, aber man muss bedenken, dass diese Nettorendite nach Abzug der Inflation und der KEST übrig bleiben soll. (Die jetzigen Anlagezinsen bringen diesbezüglich ja reale Sparverluste statt einem Realzuwachs.) Bei einem Ausgangskapital um die 220.000 € muss man sich schon lange vorher fragen, ob der eigene „Sparplan“ realistisch darauf ausgerichtet ist. Dabei darf man ja nicht vergessen, die auch da hineinfallenden anderen Finanzierungskosten, die ja aufrecht bleiben - wie Auto, Haus, Kinder/Enkel etc. - vorher abzuziehen. Was bleibt dann?

Mehr als man glaubt

Aber nicht nur die Höhe des

erforderlichen Kapitalstocks wird oft unterschätzt, sondern auch die Höhe der erforderlichen Zusatzpension. Rechenbeispiel des Pensionsreports: Angenommen, man hat zu Pensionsantritt ein Letzteinkommen von 3.700 € als Lebens-

standard - den man ja gerne beibehalten will. Und angenommen, man findet - als jetzt Unter-55-Jähriger - dann einen Aktiven, der einem im Umlagesystem vielleicht 700 € zahlen will bzw. kann, müsste man für die restlichen 3.000 € selbst

aufkommen. Dazu bräuchte man (siehe oben) schon einen Kapitalstock der Eigenvorsorge von rund 660.000 €. Dazu kommt, dass für die Zeit bis zum Pensionsantritt und danach die Auswirkungen der Inflation unterschätzt werden. Auch bei gering angenommenen Inflationsraten muss ein heute Vierzigjähriger, wenn er bei Pensionsantritt eine Zusatzpension von nach heutigem Geldwert 1.000 € will, mit einem Kapitalaufbau für dann gut 1.300 € kalkulieren, sprich mit einem Kapitalbedarf von rund 290.000 €. Und wenn man dann noch an die 30 Jahre in Pension ist, zerfrisst die Inflation die Kaufkraft der Pension weiter.

Zu den diversen „Pensionsreformen“ der Politik meint der Mitbegründer und Obmann des Vereins der Pensionsbeitragszahler Österreichs **Walter Worresch**: „Der Staat treibt mit der Unwissenheit der Bürger ein unmoralisches Spiel.“ Daher hat sich der Verein zum Ziel gesetzt, die Beitragszahler - die schließlich das Sozialsystem finanzieren - aufzuklären und zu informieren. *mk*

